

Parlamentswahlen in der Türkei am 22. Juli 2007 Hintergrundinformationen wenige Tage vor den Wahlen

Bettina Luise Rürup

Am 22. Juli 2007 werden in der Türkei Parlamentswahlen stattfinden. Politische Beobachter stufen sie als eine der wichtigsten Wahlen in der Geschichte der Türkei ein.

Nach der gescheiterten Wahl des Staatspräsidenten im Mai 2007 beschloss das Parlament am 3. Mai 2007, den Wahltermin vorzuverlegen (regulärer Termin wäre ein Sonntag im November 2007 gewesen). In Fällen, in denen es dem Parlament nicht gelingt, fristgemäß einen neuen Staatspräsidenten zu wählen, sieht die Verfassung die Auflösung des Parlaments und unverzügliche Neuwahlen vor.

Mit den Parlamentswahlen werden 550 Mandate in der Großen Türkischen Nationalversammlung (TBMM) für eine Legislaturperiode von 5 Jahren vergeben.

Am Sonntag, dem 22. Juli sind 42,5 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, in den Wahllokalen ihre Stimme abzugeben. An Flughäfen und Grenzübergängen konnten im Ausland lebende Türken ihre Stimmen schon im Vorfeld der Wahlen abgeben.

Die Wahlkreise sind unterschiedlich groß; sie werden nicht proportional zu der Bevölkerungszahl gebildet. Von der Großstadtregion Istanbul werden mehr als 70 Abgeordnete in das Parlament entsendet.

Jeder türkischer Wahlberechtigter wählt mit einer Stimme, die er entweder einer Partei oder einem unabhängigen Kandidaten geben kann.

Wahlprognosen nähern sich an

In den Wochen vor der Wahl lagen stark divergierende Umfrageergebnisse für die Parteien vor (siehe hierzu auch FES Türkei Information Juli 2007). Eine Woche vor der Wahl weichen die Umfrageergebnisse nicht mehr so stark von einander ab.

So zeichnet sich ab, dass die AKP erneut stärkste Partei werden könnte und möglicherweise erneut alleine die Regierung bilden können. Die CHP wird wieder im Parlament vertreten sein. Auch die MHP wird diese Mal im Parlament vertreten sein, sie könnte ein überraschend hohes Ergebnis einfahren. Rund 30 unabhängige Kandidaten, die von der kurdischen DTP unterstützt werden, werden ins Parlament einziehen. Andere Parteien wie die DP und GP werden laut Umfragen knapp unter der 10% Hürde bleiben.

Referat:
Westliche Industrieländer
www.fes.de/international

Folgt man den Umfragen ergibt sich folgendes Bild: Es werden voraussichtlich sieben Parteien im Parlament vertreten sein. Drei Parteien (AKP, CHP, MHP) sowie die unabhängigen Kandidaten der DTP werden Fraktionen bilden können. Weitere Parteien (BBP, ÖDP) werden durch unabhängige Kandidaten vertreten sein. Unterschiedliche Szenarien für eine denkbare Koalitionsregierung (AKP/DTP, CHP/MHP, AKP/CHP) werden zur Zeit auf ihre Wahrscheinlichkeit und Belastbarkeit hin diskutiert.

Die Auszählung der Stimmen erfolgt auf der Basis des d'Hontschen Höchstzahlenverfahrens. In diesem Verfahren erhalten die stimmenstärksten Parteien überproportional viele Mandate, so dass es zu einer relativ starken Verzerrung des Wählerwillens kommen kann. 2002 gelang nur der AKP (34,4 %) und der CHP (19,4%) der Einzug ins Parlament; das Wahlgesetz und das Auszählungsverfahren sorgten dafür, dass rund 46 % der Wählerstimmen nicht im Parlament vertreten waren.

Parteizulassung und Kandidatenauswahl

Insgesamt bewerben sich 7.535 Kandidaten um die 550 Sitze im Parlament. Die nationale Wahlkommission hat 21 Parteien zur Wahl zugelassen. Da sieben Parteien entschieden haben, sich nicht an der Wahl zu beteiligen, werden lediglich 14 Parteien antreten.

Die Kandidaten der Parteien werden von den höchsten Parteigremien, häufig vom Parteivorsitzenden persönlich, bestimmt. Parteibasis und Wahlkreisbewohner spielen bei der Auswahl der Kandidaten keine Rolle. Für die Bewerbung müssen die Kandidaten eine Bewerbungsgebühr (deren Höhe von Partei zu Partei variiert) entrichten.

Das Auswahlverfahren und die Bewerbungsanforderungen haben eine soziale Auslese der Kandidaten zur Folge. Neben der ökonomischen Situation spielt auch das Bildungsniveau eine entscheidende Rolle. So verfügt beispielsweise mehr als die Hälfte der Kandidaten über einen Hochschulabschluss, die Zahl der Volksschulabsolventen liegt bei rund 12%. Unter den Berufen liegen Juristen und Ingenieure vorn.

Bei der Kandidatenaufstellung für die Wahl 2007 gab es einige Besonderheiten:

- Bemerkenswert ist der hohe Anteil von neuen Kandidaten bei einigen Parteien. So hat die regierende AKP mehr als 150 Abgeordnete aus ihren Reihen nicht wieder aufgestellt und deren Plätze mit neuen Kandidaten gefüllt (siehe auch FES Türkei Informationen Juni 2007);
- Für Überraschung hat die Bereitwilligkeit der Parteien gesorgt, Personen aus einem anderen politischen Spektrum in ihren Reihen aufzustellen. So hat die AKP beispielsweise den ehemaligen Generalsekretär der CHP Ertugrul Günay sowie eine Reihe von bekannten liberalen Intellektuellen, die CHP hat andererseits Personen, die für ihre konservativ-rechten Positionen bekannt sind – wie Ilhan Kesici – aufgestellt. Damit entzieht sich das politische Koordinatensystem in der Türkei einmal mehr den traditionellen Kategorisierungsmustern.

In einzelnen Provinzen wurden Parteitage durchgeführt, auf denen Parteimitglieder ein Votum für bestimmte Kandidaten aussprechen konnten. Auf die Aufstellung der Kandidaten bzw. die Zusammenstellung der Listen haben diese Veranstaltungen jedoch keinen direkten Einfluss.

Wahlbündnisse / Strategien der Parteien

Einzig im „sozialdemokratischen“ Lager ist es zwei Parteien gelungen, vor der Wahl ein Bündnis einzugehen: Die kleinere DSP (ehemalige Partei Bülent Ecevit) hat sich unter dem Vorsitz von Zeki Sezer mit der CHP unter dem Vorsitz von Deniz Baykal zusammengeschlossen, d.h. die DSP wird nicht als separate Partei kandidieren, ihre Kandidaten sind in die Liste der CHP integriert. In den Beratungen spielten lediglich die Anzahl und der Listenplatz der Kandidaten der DSP eine Rolle, politische Ziele und Inhalte sind nicht thematisiert worden. Die kleinere SHP unter dem Vorsitzenden Murat Karayalçin ist in die Verhandlungen nicht einbezogen worden. Die Splitterpartei ÖDP unter dem Vorsitzenden Ufuk Uras hat sich zur Aufstellung eines „unabhängigen“ Kandidaten entschlossen (s.u.).

Im rechtskonservativen Lager ist das angestrebte Bündnis noch vor der Wahl zerbrochen: Unter dem Vorsitz von Erkan Mumcu und Mehmet Agar hatte die ANAP und DYP ein Wahlbündnis unter dem Namen Demokrat Parti (DP) angekündigt. Mit diesem Namen erinnerten sie an die Partei Adnan Menderes, der in den 50er Jahren die CHP erstmal in der Regierung ablöste. Jedoch kam es einige Wochen vor der Wahl zu kontroversen Auseinandersetzungen, die die Kooperationspläne zum Scheitern brachten. Die ANAP zog ihre Beteiligung an der Wahl zurück. Der DP wird als Partei nun keine große Chance im Hinblick auf die Überwindung der 10% Hürde eingeräumt.

Die kurdische Partei DTP, die in den letzten Wahlen mit 6,8 % unter der 10% Hürde blieb, ist kein Wahlbündnis eingegangen. Sie hat sich entschieden, nicht als Partei an den diesjährigen Parlamentswahlen teilzunehmen, sondern 57 „unabhängige“ Kandidaten in 44 Provinzen zu unterstützen. Die DTP rechnet damit, mindestens 30 Abgeordnete aus ihren Reihen in das Parlament entsenden zu können.

Braucht man einen Schnurrbart, um ins türkische Parlament zu kommen?

Der Prozentsatz von Frauen im aktuellen Parlament beträgt 4,4 % (24 Sitze). Im Durchschnitt der letzten Jahrzehnte betrug der Anteil an Frauen im Parlament 2,2 %. Die höchste Zahl an weiblichen Abgeordneten gab es kurz nach der Einführung des passiven Wahlrechts für Frauen in den 30er Jahren mit 4,6 %. Trotz einer deutlichen Steigerung der Anzahl der Kandidatinnen werden auch im nächsten Parlament Frauen nur zu einem geringen Anteil vertreten sein – u.a. weil sie in aller Regel auf den hinteren Listenplätzen der Parteien zu finden sind. Man rechnet mit rund 40 Sitzen, die an weibliche Kandidaten gehen. Keine der etablierten Parteien hat größere Anstrengungen zur Erhöhung des Anteils der Parlamentarierinnen unternommen: Die AKP stellt mit 65 geringfügig mehr Kandidatinnen

auf als die CHP (52), lediglich die populistische Genc Parti (Junge Partei) kann einen Anteil von 27% Frauen in ihrer Liste aufweisen. Es ist damit zu rechnen, dass über die unabhängigen Kandidaten der DTP ebenfalls einige Sitze mit Frauen besetzt werden. Die viel beachtete Kampagne der Frauenorganisation KADER für eine höhere Anzahl von Frauen im Parlament hatte im Hinblick auf die Einflussnahme auf die konkrete Aufstellung von Kandidatinnen (auch vor dem Hintergrund des Mangels an innerparteilicher Demokratie) weniger Erfolg als erhofft.

Novum: „Unabhängige“ Kandidaten

Am 22. Juli 2007 stellen sich 764 „unabhängige“ Kandidaten zur Wahl, damit bewerben sich fast vier Mal so viele wie bei der letzten Wahl 2002 (190). Wahlprognosen rechnen damit, dass circa 30-40 Parlamentssitze bei dieser Wahl an „unabhängige“ Kandidaten gehen werden.

Für die hohe Zahl der unabhängigen Kandidaten ist die 10% Hürde im türkischen Wahlgesetz verantwortlich. Sie ist eine der höchsten Hürden europaweit und verhindert effizient den Einzug von regionalen und kleineren Parteien ins Parlament. Parteien, die auf nationaler Ebene unter 10% der Stimmen bleiben – auch wenn sie in einzelnen Wahlkreisen große Mehrheiten erzielen –, wird der Einzug ins Parlament verwehrt.

Unterschiedliche politische Akteure rechnen sich bessere Chancen mit „unabhängigen“ Kandidaten aus:

- Parteien wie die kurdische DTP haben sich entschlossen, nicht als Partei bei den Parlamentswahlen anzutreten, sondern zur Wahl „unabhängiger“ Kandidaten aufzurufen. Für unabhängige Kandidaten gibt es keine Prozentklausel; einfache Mehrheiten reichen aus, um ins Parlament zu kommen.
- Zivilgesellschaft und soziale Bewegung haben sich zur Aufstellung von unabhängigen Kandidaten in speziellen Wahlkreisen z. B. in Istanbul entschlossen, um eine Alternative zu existierenden Parteien zu schaffen, die das linke Wählerspektrum entweder nicht abdecken oder keine Chance haben über die 10% Hürde zu kommen.
- Bekannte Politiker wie der ehemalige Außenminister und ehemaliger ANAP Politiker Mesut Yilmaz kandidieren auch als Unabhängige (in der Schwarzmeerstadt Rize). Unter den so genannten „unabhängigen“ Kandidaten finden sich weitere Parteivorsitzende, so z. B.: Muhsin Yazıcıoğlu, Vorsitzender der ultranationalen BBP (Sivas); Ufuk Uras; Vorsitzender der kleinen sozialdemokratischen Partei ÖDP (Istanbul); Ahmet Türk, Vorsitzender der DTP (Mardin); Tuna Bekleviç Vorsitzender der GTP (Edirne); Levent Tüzel, Vorsitzender der Arbeitspartei EMEP (İzmir).

Es steht unabhängigen Abgeordneten im Parlament offen, Fraktionen zu bilden. Erreicht eine Partei – wie im aktuellen Parlament die ANAP – die Zahl von 20 Abgeordneten, erhält

sie den Fraktionsstatus. Mit dem Fraktionsstatus sind ein erweitertes Rederecht im Plenum sowie das Recht auf Vertretung in den Ausschüssen verbunden.

Aufgrund einer Änderung des Wahlgesetzes vor einigen Monaten werden die Namen von unabhängigen Kandidaten bei dieser Wahl erstmals auf dem gleichen Wahlzettel genannt, auf dem auch die Parteien stehen. Diese Änderung wurde zunächst als eine Gleichstellung begrüßt. Im Vorfeld der Wahlen wurde jedoch deutlich, dass insbesondere wenig lesefähige Wähler die langen Kandidatenlisten nicht entschlüsseln können und so die Wahl einzelner, unabhängiger Kandidaten erschwert wird.

Themen des Wahlkampfes

In Vorwahlkampf stand die Verteidigung des Laizismus bzw. die Sorge vor der schleichenden Islamisierung im Vordergrund der öffentlichen Debatte. Für die größte Oppositionspartei CHP ist dieses Thema auch im weiteren Wahlkampf noch relevant, es wurde jedoch von dem Thema innere Sicherheit und Terrorismusbekämpfung überlagert und zielte vor allem darauf ab, der Regierung mangelnde Entschlossenheit im Kampf gegen den (kurdischen) Terrorismus vorzuwerfen und sich für eine militärische Operation im Irak gegen die PKK aussprachen.

Der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli warf der Regierung mangelnden Mut im Hinblick auf die Hinrichtung des inhaftierten Führers der PKK Abdullah Öcalan vor und forderte die Wiedereinführung der Todesstrafe. Da Bahçeli selbst Mitglied der Regierung war, die Öcalan verhaftete und nicht hinrichten ließ, ließ sich von Seiten der AKP dieser Vorwurf leicht entkräften. Nichtsdestotrotz gehört der Galgenstrick, der Erdogan symbolisch entgegengehalten wird, zur Wahlkampfausstattung der MHP.

Die AKP betont in ihrem Wahlkampf ihren Charakter als demokratische Reformkraft und wirft der CHP vor, sich mit dem Militär gemein zu machen. Ministerpräsident Erdoğan stellte bei seinen Kundgebungen die wirtschaftlichen Erfolge seiner Regierung in den Vordergrund. Mit Gesten, wie dem Verteilen seiner Visitenkarte und dem Aufruf „Ruft mich an“ präsentierte er sich als volkstümlicher Politiker.

Die Kopftuchfrage, die eng mit der Laizismusdiskussion verknüpft ist, spielte interessanterweise im Wahlkampf für keine der Parteien eine bedeutende Rolle.

Im Kontext der Kandidatur der unabhängigen Kandidaten werden in diesem Wahlkampf erstmalig gesellschaftspolitische Inhalte thematisiert, die bisher nicht oder eher am Rande der offiziellen nationalen Agenda standen. So thematisieren die „unabhängigen“ Kandidaten aus den Kreisen der DTP deutlich die Kurdenfrage und fordern eine friedliche und demokratische Lösung des Kurden-Problems sowie beispielsweise die Zulassung der kurdischen Sprache in öffentlichen Einrichtungen.

Auch Prof. Dr. Baskin Oran, der im Istanbuler Wahlbezirk 2 als unabhängiger Kandidat antritt, bringt sensible „Außenseiterthemen“ auf die Tagesordnung des Wahlkampfes: Als Professor für Politische Wissenschaften und als Menschenrechtsaktivist (ehem. Mitglied einer vom MP eingesetzten Menschenrechtskommission) setzt er sich in seiner Kampagne (Motto: „Das auswendig Gelernte durchbrechen“) für das Überdenken von tradierten, überholten Positionen ein. Die Anerkennung von Menschen- und Minderheitenrechten in der Türkei ist sein Hauptanliegen. In diesem Kontext thematisiert er die Kurden- und Armenierfrage ebenso wie die Rechte von Homosexuellen und Lesben in der Türkei.

Themen der sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaft und Intellektuellen werden auch von dem unabhängigen Kandidaten Ufuk Uras, der im Istanbuler Wahlbezirk 1 kandidiert, formuliert und so auf die Agenda des Wahlkampfes auch der anderen Parteien gebracht. In seiner Wahlkundgebung im Bezirk Kadıköy setzt sich Ufuk Uras (dessen Vorname auf deutsch „Horizont“ bedeutet) für eine „Horizontenerweiterung des Parlaments“ ein. Als Vorsitzender der kleinen sozialdemokratischen Partei ÖDP thematisiert Uras vor allem soziale Fragen, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik sowie Menschen- und Minderheitenrechte.

Im Juni haben die Parteien ihre Wahlprogramme vorgelegt. Im Wahlkampf spielen diese Wahlprogramme jedoch kaum eine Rolle. Sie werden von der Öffentlichkeit und den Wählern – wohl zu recht – als nicht sonderlich verbindlich eingeschätzt.

Die Auseinandersetzung mit den Wahlprogrammen findet vor allem in Fachöffentlichkeiten unter dem Blickwinkel ihrer spezifischen Interessen statt – so gibt es beispielsweise eine Auswertung des türkischen Menschenrechtsvereins zum Stellenwert der Menschenrechte in den Programmen von DP, AKP, CHP und MHP. Die größte – kritische – Aufmerksamkeit unter diesen spezielleren Diskussionen genießen die wirtschaftspolitischen Teile der Wahlprogramme (alle Parteien verpflichten sich einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik, Themen wie die Privatisierungspolitik sind jedoch sehr umstritten).

Ergebnisse und regionale Stimmverteilung der Stimmen in den letzten Wahlen

| | 1999 (Parlament) | 2002 (Parlament) | 2004 (Provinzräte) |
|--------------------|------------------|------------------|--------------------|
| AKP | – | 34,4 | 42,0 |
| CHP | 8,7 | 19,4 | 18,4 |
| DYP | 12,0 | 9,5 | 9,9 |
| MHP | 18,0 | 8,4 | 10,4 |
| GP | – | 7,3 | 2,6 |
| DEHAP/HADEP | 4,8 | 6,1 | – |
| ANAP | 13,3 | 5,1 | 2,5 |
| DSP | 22,2 | 1,2 | 2,2 |
| FP | 15,4 | – | – |

Quelle: www.yerelnet.org.tr/secimler/?tur=&yil=2004

Wahl 2002: Stimmerngebnisse und Mandate der Parteien nach Regionen¹

| | AKP | CHP | MHP | DYP | DEHAP | Mandate |
|-------------------|------|------|------|------|-------|---------|
| Mittelmeer | 31,4 | 20,1 | 14,1 | 12,6 | 4,0 | 69 |
| Ägäis | 26,5 | 21,1 | 9,9 | 15,1 | 2,9 | 71 |
| Marmara | 29,2 | 21,6 | 7,8 | 11,2 | 3,7 | 131 |
| inneranatolien | 43,8 | 16,4 | 11,8 | 8,3 | 1,8 | 94 |
| Schwarzes Meer | 39,3 | 14,7 | 8,9 | 12,6 | 1,3 | 76 |
| Ost-Anatolien | 21,2 | 16,8 | 7,8 | 8,0 | 23,1 | 48 |
| Südoost-Anatolien | 25,0 | 9,2 | 4,9 | 8,9 | 30,3 | 61 |

| HöchsterStimmanteil: | Konya | Erzurum | Osmaniye | Mugla | Diyarbakir |
|----------------------|-------|---------|----------|-------|------------|
| | 54,9 | 54,7 | 29,2 | 22,7 | 56,1 |

1) Berechnet nach den offiziellen Wahlergebnissen der nationalen Wahlkommission; die Karte der Regionen wurde in veränderter Form der Webseite der Staatlichen Planungsagentur (DPT) entnommen. Die Verteilung der Mandate auf die Provinzen gilt unverändert auch für die aktuelle Wahl.

Zeitliche Perspektiven: Wahlergebnis und Regierungsbildung

Die Ordnungsmäßigkeit der Wahlen wird zum einen von der Nationalen Wahlbehörde überwacht, zum anderen sieht das Wahlgesetz den Einsatz von freiwilligen Wahlbeobachtern der zugelassenen Parteien vor. So ist je ein Vertreter der an der Wahl teilnehmenden Parteien in jedem Wahllokal als Beobachter zugelassen.

Darüber hinaus entsendet die OSZE 17 Beobachter aus 14 Ländern, die die Wahlen in 14 Provinzen der Türkei überwachen werden. Auch der Europa-Rat entsendet eine 36köpfige Delegation, zu denen u.a. der ehemalige griechische Außenminister Pangalos gehört.

Mit den ersten Hochrechnungen wird am Sonntagabend gegen 21.00 Uhr gerechnet.

Mit dem amtlichen Endergebnis der Parlamentswahlen ist in der Regel drei bis vier Tage nach der Wahl zu rechnen. Aufgrund der hohen Anzahl von unabhängigen Kandidaten wird die Auszählung voraussichtlich länger dauern. Liegt das amtliche Ergebnis vor, werden die Parlamentarier registriert und vereidigt. Als erstes steht dann die Wahl des Parlamentspräsidenten an. Anschließend beauftragt der Interim-Staatspräsident die Mehrheitsfraktion mit der Bildung einer Regierung. Seine gesetzgeberische Tätigkeit nimmt das Parlament Anfang Oktober auf.

Ein Ende der politischen Krise in Sicht?

Mit der Entscheidung für vorgezogene Wahlen am 22. Juli ist die im Mai ausgebrochen Krise um die Wahl des Staatspräsidenten zunächst beigelegt worden. Der Wahlkampf der letzten Wochen ist ohne große Aufregung relativ regulär verlaufen. So könnte man fast den Eindruck haben, es handele sich um eine ganz normale Parlamentswahl. Jedoch ist dieser Eindruck möglicherweise trügerisch; mit der Wahl am 22. Juli wird die politische Krise wohl keineswegs beigelegt sein.

- Offen ist, wie einem erneuten Wahlsieg der AKP von Seiten der Laizisten, insbesondere des Militärs, begegnet werden wird; Wird es neue Drohungen von Seiten des Militärs geben? Wie verhält sich die CHP?
- Wie verläuft die Wahl des Parlamentspräsidenten? Die Wahl könnte – je nach Zusammensetzung des Parlaments – ein erster Test für die Konsens- und Kompromissfähigkeiten der Parteien und Abgeordneten sein;
- Wie wird der Staatspräsident gewählt? Eine der ersten Aufgaben des neuen Parlaments muss die Klärung des Wahlverfahrens für den Staatspräsidenten sein – wie geht man mit dem vom Parlament im Mai 2007 verabschiedeten (jedoch vom Staatspräsidenten abgelehnten) Gesetzesentwurf für die Direktwahl des Staatspräsidenten um? Wird er – wie es die Verfassung vorsieht – der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt? Wann findet das Referendum (möglicher Termin 21. Oktober) statt und wird der nächste Staatspräsident dann direkt von der Bevölkerung gewählt? Oder zieht das neue Parlament den Gesetzesentwurf der letzten Legislaturperiode zur Überarbeitung zurück?
- Wie verhalten sich die neuen Abgeordneten – insbesondere die Mitglieder der kurdischen DTP – gegenüber einer möglichen Invasion im Irak nach der Wahl und der Regierungsbildung?

Mit den Parlamentswahlen am Sonntag verbindet sich für die Wähler in der Türkei die Hoffnung auf Stabilisierung, Klärung und Entspannung. Das neu gewählte Parlament steht vor großen Herausforderungen, sowohl kurzfristig im Hinblick auf die Wahl des Staatspräsidenten, als auch langfristig im Hinblick auf weitere Gesetzesreformen zu Stärkung der Demokratie und Partizipationschancen.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi
Mehmet Ali Bey Sk. 10/D5
34353 Beşiktaş-Istanbul
Türkei
Tel: +90 212 258 70 01
contact@festr.org
www.festr.org

Verantwortlich:
Bettina Luise Rürup
© FES Türkei, 2007